

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Nini Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadruß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 28. Juni 1932.

Der Sklarekprozess.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD, Achteinhalb Monate dauerte dieser Prozess und fast täglich wurde über ihn in allen deutschen Zeitungen berichtet. Wenn wir uns der Verhandlungstagerückschauend erinnern, so bleibt vor allem jene Szene in Erinnerung, in der die Verleihung eines grossen silbernen Pokales an die Brüder Sklarek Gegenstand der Beweisaufnahme war.

Es war die Zeit, als der Stern der Angeklagten hoch im Zenith stand. Sonntags liefen ihre kostbaren Pferde auf den Rennbahnen; Grafen, Barone und andere "Sachverständige" gingen auf dem Landbesitz der "königlichen Kaufleute" ein und aus und genossen den von ihnen gestellten Champagner, nebst den dazugehörigen Weibern, aus vollen Zügen. Anderen Tage sammelte man sich wiederum in den Berliner Luxusstätten, oder die illustre Gesellschaft fand sich zum fröhlichen Horrido auf der Jagd zusammen. Was die Pferde an Siegesgeldern heimbrachten, verschenkten die Stallbesitzer wiederum an ihre Freunde. Gern liessen sich die Sklareks beim Würfel- und Becherspiel grosse Summen von diesen notleidenden Herren abnehmen, sie nahmen, sie nahmen, und das das Geld schon im alten Ron nicht gestunken hat, so schadete es nicht, wenn auch die Geber: Sklarek hies- sen und Juden waren. Einmal musste man sich aber erkenntlich zeigen, und so geschah es, dass die Freundesrunde beschloss, den hochherzigen Spendern einen silbernen Pokal zu verleihen, und darauf eingegraben waren die Namen der Ge- treuen. Vom kommunistischen Stadtrat Degener bis zum deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Wolf, es hat kein Name gefehlt. Weil aber dieser Wolf zugleich evangelischer Pfarrer war, nahm man ihn beim Amt und er liess sich nicht lumpen, dem Pokal den priesterlichen Segen zu geben.

So weit so gut! Wir kennen diese Bilder aus allen Zeiten und aus allen Ländern; und nicht zuletzt aus der kaiserlichen Periode der Hohenzollern. Müssen wir an die Skandalaffären unter Wilhelm II erinnern, an die Brüder Tipples- kirch und ihre Heereslieferungen an die Kolonialtruppen? An den Fall des Ober- hofmarschalls der ehemaligen Kaiserin, Graf Mirbach, der von Jud und Christ Gelder für protestantischen Kirchenbau sammelte? An die Börsengeschäfte des Barons Holstein, an die Steueraffären Bismarcks, an den Ordensschacher und Ordensgeschäfte unter Wilhelm II und anderen deutschen Fürsten? Nur mit dem Unterschied: damals kamen die sozialdemokratischen Redakteure ins Gefängnis, wenn sie es wagten diese weltbekannten Gaunereien anzutippen, während die Schü- digen frei, unbestraft und im Genuss ihrer errafften Gelder blieben.

Im "System" der Nachkriegszeit ist bis heute kein Schuldiger unbestraft geblieben, so hoch oder so niedrig er auch gesessen haben mag. Die Sklareks haben ihre Beziehungen zu den verschiedensten Männern der verschiedensten Par- teien ausgenutzt zur Bestechung von Angestellten und Beamten der Stadt Berlin. Sie haben diesen Pflichtvergessenen Geschenke aller Art gegeben. Der Dank be- stand darin, dass diese politischen und unpolitischen Beamten, Kassierer, Buchhalter, Bürgermeister und Magistratsräte der verschiedensten Parteien

den Sklareks Vorschub geleistet haben in der Frisierung von Bilanzen, in der Fälschung von Konten und Wechsel und in der Lieferung von Waren. Daran haben diese Beamten wiederum verdient und haben auf Grund dessen wiederum hohe Ausgaben gemacht, die die Sklareks bezahlten und wofür sie sich wiederum an den Geldern der Stadt Berlin schadlos hielten. Um rund fünfzehn Millionen Mark ist die Reichshauptstadt und sind die Steuerzahler betrogen worden. Den Oberbürgermeister Böss hat es seine Stellung gekostet, weil er für keine genügend Kontrolle in den ihm unterstehenden Ämtern gesorgt hatte. Andere hohe Verantwortliche hat die Korruption das Leben gekostet. Tod durch Aufregung, frühzeitige Krankheit oder Selbstmord. Gebliedensind die heutigen Verurteilten.

Prüft man das Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, so fällt es auf durch seine Härte und durch seine Milde. Wir sind die Letzten, die irgend einen Gauner und Betrüger am öffentlichen Gut milde Richter wünschen. Wenn aber die Sklareks mit Recht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind und schuldige städtische Angestellte zu gleicher Zeit mit wenigen Monaten Gefängnis wegkommen, so finden wir dies nicht richtig. Erst der Amtsmissbrauch dieser Beamten hat den Sklareks das Eindringen in die städtische Verwaltung und in die städtischen Kassen ermöglicht und ohne die korrupten Beamten kein Fall Sklarek.

Wenn wir dies betonen, so deshalb, weil dieses Urteil Wind in die Segeln jener liefert, die zu unrecht den Fall Sklarek zu einem Fall des "Systems" jahrelang ausgebeutet haben. Die Gegner der Republik und der demokratischen Verwaltung betreiben mit dem Fall Sklarek eine widerliche und verlogene politische Hetze, die durch die Milde gegenüber den schuldigen Beamten neue Nahrung haben wird. "Hindenburg der Kandidat der Sklareks", so war es in Wort und Bild während der Präsidentenwahl hingestellt worden und dieses Urteil wird in dieser Unterschiedlichkeit der Behandlung der Schuldigen nicht geeignet sein, den Fall Sklarek auf das Mass zurückzuführen, das er in den Augen jedes anständigen und ehrlichen Gegners haben müsste; einer jener Korruptionsfälle zu sein, die sich immer neu und in allen Ländern wiederholen müssen, solange das kapitalistische System besteht. Wir sehen es heute in Frankreich beim Fall Oustric, in Nordamerika im Fall des eben angeklagten Oberbürgermeisters Walker von New York, wir sehen es in England, im Fall Kreuger, und wir sehen und sahen es in diesen Tagen in immer neuer Wiederholung in Deutschland. Da ist der Favag-Prozess, alles gut "nationale" Männer und Direktoren, die eine der grössten und ältesten Versicherungsgesellschaften Europas bis zum Weissbluten ausgesogen und ausgeplündert haben. Wir sehen es im Fall Lahusen, der die eigentliche Ursache des Bankkraches vom Juli 1931 gewesen ist und den Staat Hunderte von Millionen Mark in Form von Stützungsaktionen gekostet haben Lahusen, die Verehrer und Unterstützer Hitlers. Wir sehen es vor allem auch im Devaheim-Prozess, in dem sich ausschliesslich nationale und nationalistische Männer von echtem Schrot und Korn zu verantworten haben, die Tausende von armen evangelischen Sparern um ihr Geld betrogen.

Was übrig bleibt ist, dass das heutige "System" die Verantwortlichen zu finden und zu treffen weiss, und dass dieser Prozess ein Reinigungsbad war für die Reichshauptstadt. Was aber politisch ebenfalls bleiben wird, das ist die abgründige Verlogenheit und Heuchelei unserer Gegner und vor allem der Nazis, die ihren Schild vor einen im Landtag enthüllten Freisler stellen, vor einen Röhm, vor die Fememörder, und vor all jene unsauberen Elemente, die reif wären aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden aber gehalten werden und die höchsten Führerstellen des Braunen Hauses bekleiden können, weil sie es verstehen, gegen das "System" zu schimpfen und zum Bürgerkrieg und Arbeitermord aufzureizen.

=====

SPD. Dessau, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Rechtspresse ist der Schwindel zu lesen, dass auf einem alten Friedhof in Dessau 84 Grabsteine, die zum Teil schon schief standen und zermorscht waren, von Sozialdemokraten umgestürzt worden sind. Tatsächlich ist die Grabschändung nach polizeilichen Feststellungen von einem 11jährigen und einem 12jährigen Schüler verübt worden, die von einem 20jährigen jungen Menschen, einem in Dessau übel Beleumundeten, angestiftet worden sind. Es besteht der begründete Verdacht, dass der Anstifter von rechtsgerichteten Kreisen gekauft worden ist, um durch das Verbrechen eine Wahlparole gegen die Sozialdemokratische Partei zu schaffen.

SPD. Dresden, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag nahm am Dienstag nach teilweise sehr stürmischer Aussprache in namentlicher Abstimmung mit 44 Stimmen der SPD und der KPD gegen 27 Stimmen der meisten bürgerlichen Parteien bei einigen Stimmenthaltungen einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird, der Reichsregierung gegenüber das schärfste Misstrauen des Sächsischen Landtages zu bekunden. Die Nationalsozialisten hatten sich vor der Abstimmung entfernt und demaskierten sich dadurch wieder einmal.

Einstimmig angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen schärfsten Einspruch zu erheben, mit dem besonderen Ziel, die Kürzung der Unterstützungssätze bei der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Massnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden. Ferner soll sich die Regierung mit allen Mitteln einer weiteren Herabsetzung der Fürsorgerichtsätze widersetzen.

SPD. Bukarest, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Die seit Sonntag ununterbrochen über ganz Rumänien niedergehenden Unwetter haben weite Teile des Landes, besonders Besarabien, die Bukowina und Moldau, überschwemmt. Höchst alarmierende Gerüchte kommen aus dem nördlichen Teil der Provinz Moldau, der völlig unter Wasser steht und von der Umwelt isoliert ist. Wegen der ständig steigenden Fluten der Flüsse Moldau und Siret, die über die Ufer getreten sind, mussten die Stadt Roman und die umliegenden Dörfer geräumt werden. Tausende von Familien sind obdachlos und hausen in Zeltlagern, die vom Militär aufgeschlagen wurden.

Die einlaufenden Berichte melden unbeschreibliche Szenen der Verzweiflung. Die Zahl der Menschenopfer wächst ständig. Bisher dürften über 40 Personen ums Leben gekommen sein. In dem Dorfe Blagesti wurden ganze Familien von den einstürzenden Häusern erschlagen. Die Saaten in den überschwemmten Gebieten sind vollständig vernichtet. Infolge des Hochwassers sind die meisten Eisenbahnlinien, darunter auch die über die Bukowina laufenden Fernzüge nach dem Westen, ausser Verkehr gesetzt. Die vielfach wolkenbruchartigen Regengüsse dauern an.

SPD. Stuttgart, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Der in Ellwangen im Ruhestand lebende Artillerie-Generallieutenant a.D. von Schabel veröffentlicht in der dort erscheinenden "Jpf- und Jagstzeitung" folgende Erklärung gegen den 1. Bundesführer des Stahlhelms, Herrn Seldte in Magdeburg:

"In einer Ansprache in Perleberg haben Sie gesagt, dass die Süddeutschen

nicht von Ihrer Art sind. Ich nehme an, Sie haben als Frontsoldat gesprochen und nicht als Politiker. Denn von der Politik haben Sie sich doch nach den Erfahrungen bei der Reichspräsidentenwahl abgekehrt. So antworte ich Ihnen auch als Frontsoldat. In gewisser Beziehung haben Sie recht, dass die Süddeutschen - und dazu gehören wir Württemberger doch auch - von anderer Art sind als Sie. Das kam auch während des Krieges zum Ausdruck. Wo es schwierige Verhältnisse gab, wo es eine Stellung gab, die gehalten werden musste, wo man eine Truppe brauchte, auf die sich der Kommandeur unter allen Umständen verlassen konnte, nach wem rief man da? wen holte man da? - die Württemberger, also Süddeutsche. Und wenn Sie mir das nicht glauben, dann fragen Sie den deutschen Kronprinzen, fragen Sie Ludendorff und andere Heerführer. Sehen Sie, Herr Seldte, das war süddeutsche Art. Und wenn Ihnen diese Art, wie Sie sagen, fremd ist, dann ist dies kein Kompliment für Sie. Dass Sie besser reden können als wir, das gebe ich Ihnen zu."

SPD. Warschau, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Zu dem Beschluss des preussischen Landtags gegen die Ostjuden erklärt am Dienstag eine halbamtlich informierte Warschauer Korrespondenz, die polnische Regierung werde selbstverständlich die Rechte ihrer in Deutschland wohnenden Staatsbürger schützen. Sie werde gegebenenfalls auch vor Repressalien gegen die in Polen wohnenden Reichsdeutschen nicht zurückschrecken.

SPD. Dresden, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Rechnungsausschuss des Sächsischen Landtages lehnte am Donnerstag mit den Stimmen der SPD, KPD und Staatspartei einen zwischen Regierung und evangelischer Kirche abgeschlossenen Vergleich über die Staatsleistungen an die evangelisch-lutherische Landeskirche als zu ungünstig für den Staat ab.

Im Haushaltsausschuss A des Landtages erklärte der Innen- und Arbeitsminister Richter bei der Beratung des Wohlfahrtshaushaltsplanes, die Reichsnotverordnung vom 15. Juni sei für Sachsen eine katastrophale Massnahme. Die Kürzung der Sozialrenten werde den Aufwand an Unterstützungen der Bezirksfürsorgeverbände beträchtlich erhöhen, sodass lediglich eine Verschiebung der Lasten eintrete. Allein bei der Landesversicherungsanstalt rechne man mit einer Minderausgabe für Renten von etwa 20 Millionen. Die Reichsverordnung habe die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen zum grossen Teil sogar unter die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabgesetzt. Die sächsischen Richtsätze für die Wohlfahrtshilfe verträgen keinerlei Senkung mehr. Andererseits komme auch keine Steigerung in Frage. Die sächsische Regierung habe neuerdings eine Länderbesprechung im Reichsarbeitsministerium über diese Frage angeregt, um das schlimmste abzuwenden.

Schliesslich teilte der sächsische Innenminister noch mit, dass das Reich entgegen früheren Jahren für Schulkinderspeisung keine Mittel mehr zur Verfügung stelle.

SPD. Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichsminister des Innern zum Vortrag über die schwebenden politischen Fragen. Nach der Besprechung unterzeichnete der Reichspräsident die angekündigte Ergänzungsverordnung zur Notverordnung vom 14. Juni, mit der Hitlers Privatarmee wieder offiziell gestattet wurde.

SPD. Paris, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Haltung Herriots in Lausanne, die zu einem Abbruch der Konferenz führen kann, hat bei einem grossen Teil der radikalen Kammerfraktion starke Verstimmung hervorgerufen, weil sie nicht dem Programm der Radikalen Partei in der Reparationsfrage entspricht. Infolgedessen ist am Dienstag in der Kammer unter Führung einiger dem linken Flügel der Partei angehörenden Radikalen eine kleine Palastrevolution gegen Herriot ausgebrochen, die zu einer entscheidenden Wendung auf der Lausanner Konferenz und zu innerpolitischen Schwierigkeiten Anlass geben kann.

Die radikale Fraktion trat am Vormittag zusammen. Sie nahm zunächst einen Bericht des Vorsitzenden Francois Albert über dessen Unterredung mit Herriot über die Lausanner und die Genfer Konferenz entgegen. Im Anschluss daran gab der Abgeordnete Nogaro, der wie Francois Albert dem linken Flügel angehört, einen kurzen Ueberblick über das Reparationsproblem. Er erklärte, die Erfahrung beweiße, dass vom rein finanziellen Standpunkt betrachtet, die regelmässige Zahlung von grossen Summen für eine lange Reihe von Jahren unmöglich sei. Vom politischen Standpunkt aus, so betonte Nogaro, sei es heute für Frankreich das beste, sich seiner eigenen Auslandsschulden zu entledigen. Frankreich könnte sich zugleich dem englischen Standpunkt anschliessen und die logische und stärkste Stellung gegenüber seinen Gläubigern einnehmen. Frankreich sei dazu berechtigt, den Vorschlag des Präsidenten Hoover an Amerika zurückzuverweisen. Die Tatsache, dass bei der Ausarbeitung des Young-Plans Frankreich aufgefordert worden sei, ein Opfer zu bringen, das dem Amerikas proportional gleichwertig sei, gebe ihm das Recht, den Vorschlag Hoovers auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Diese Ausführungen fanden bei der grossen Mehrheit der Fraktion eine günstige Aufnahme. Es wurde darauf beschlossen, in einer Nachmittagssitzung den Abg. Bergery über das Reparations- und Abrüstungsproblem zu hören. Die Nachmittagssitzung begann um 5½ Uhr.

SPD. Hamburg, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

In den "Hamburger Nachrichten" veröffentlicht deren Hauptschriftleitung am Dienstag einen offenen Brief an den Reichskanzler von Papen, der allgemeines Interesse beansprucht. Bereits am letzten Sonntag hatten die "Hamburger Nachrichten" eine Reichsexekutive gegen die Länder als dringend notwendig bezeichnet und an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, ohne Rücksicht auf juristische Bedenken die Weimarer Verfassung ausser Kraft zu setzen. Der Liberalismus habe den Staat so aufgelockert, dass nichts mehr vorhanden sei als eine anorganische Masse, die nur noch mit der Waffe des Soldaten in Schack gehalten werden könne. Dieser offenen Propagierung des Staatsstreiches folgte am Dienstag morgen eine aussergewöhnlich verleumderische Hetze gegen die preussische Regierung, indem inbezug auf die Besprechung der Länderminister in Berlin über die ganze Blattbreite von "einem üblen Streich des schwarzroten Systems", einer "Minierarbeit der Schwarzroten gegen das Reich" und "von gefährlichen Machenschaften der geschäftsführenden preussischen Regierung" gesprochen wurde, die "Süddeutschland gegen die Reichsregierung aufhetzt".

In dem offenen Brief an den Reichskanzler, der am Dienstag abend auf der Titelseite des Blattes veröffentlicht wird, wird der Reichskanzler aufgefordert, vom Verhandeln zum Handeln überzugehen, die vollziehende Gewalt den militärischen Stellen zu übertragen und die Minister der rebellierenden Länder zu verhaften! Die entscheidenden Stellen des offenen Briefes, dessen Forderungen wahrscheinlich ihren Ursprung nicht in der Redaktion der "Hamburger Nachrichten" haben, lauten: "Ganz ausserordentlich bedenklich wird Sie, Herr Reichskanzler, das Komplott stimmen, das anscheinend in den letzten Tagen in

Berlin von dem geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten angezettelt wurde. Wenn man die darüber erschienenen Meldungen in der Presse verfolgt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass da in Berlin Dinge getrieben werden, die ein den gesetzlichen Tatbestand der Vorbereitung des Hochverrats sehr eng auslegender Staatsanwalt zum Anlass nehmen könnte, von amtswegen einzugreifen. Sollte dazu aber das Vorgehen der preussischen Regierung nicht ausreichen, dann steht zu hoffen, dass der Landtag von seinem Recht des Artikels 58 Absatz 1 der preussischen Verfassung Gebrauch macht und die Minister unter Anklage stellt.

Für Sie, Herr Reichskanzler, und die von Ihnen geführte Reichsregierung erhebt sich die Frage, wie lange Sie sich diesen offenen Widerstand gegen Ihre Massnahmen gefallen lassen wollen. Vergessen Sie nicht, dass es sich hier um eine Machtprobe handelt, aus der Sie unbedingt als erster Sieger hervorgehen müssen. Sie werden also, wenn die Länderregierungen unbelehrbar sind, vom Verhandeln zum Handeln übergehen müssen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung im deutschen Reich ist erheblich gefährdet und Sie werden nicht mehr darum herumkommen, dem Herrn Reichspräsidenten nahezu legen, in den rebellierenden Ländern einen Reichskommissar einzusetzen, der die Bürgschaft dafür bietet, dass der Wille der Reichsregierung zu Geltung kommt und die von den Länderregierungen in gleicher Weise wie von den Kommunisten gestörte öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wird. Die Autorität des Reiches darf nicht länger Spielball der Länder bleiben. Es scheint uns bereits für die Einsetzung ziviler Reichskommissare zu spät zu sein. Die vollziehende Gewalt in den Ländern muss den militärischen Stellen übertragen werden. Eine andere Frage, die ernstlich zu erwägen wäre, ist, ob die Herren Reichskommissare ihre zweifellos segensreiche Tätigkeit nicht damit beginnen sollen, die Herren Minister der rebellierenden Länder zu verhaften. Es würde auf diese Weise am schnellsten die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt."

Die Grobschlächtigkeit, mit der hier die Wünsche der reaktionären Kreise vorgetragen werden, könnte zu der Annahme führen, als wenn es sich um nicht ernstzunehmendes Geschwafel handle. Eine solche Annahme aber erscheint uns im Hinblick auf die Vorgänge der letzten Zeit nicht angebracht. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, dass bestimmte Zirkel sich absichtlich eines ausserhalb Berlins erscheinenden Blattes bedienen, um ihre pläne in die Öffentlichkeit zu lancieren. An die Reichsregierung ist deshalb die Frage zu richten, was sie gegen die in diesem offenen Brief erhobene unverblühte Aufforderung zum Staatsstreich und gegen die gegen die Länder ausgesprochene unverschämte Verdächtigung zu tun gedenkt, besonders, nachdem die Reichsregierung in der Auf lagenachricht an die Berliner BZ am Mittag zum Ausdruck gebracht hat, dass es in dieser Zeit, in der die für Deutschland lebenswichtigen aussenpolitischen Verhandlungen ein Zurücktreten aller innerpolitischen Gegensätze fordern, besondere Pflicht der verantwortungsbewussten Presse sei, ihre Veröffentlichungen jeden sensationellen Charakters zu entkleiden, der unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegensätze führen müsse.

SPD. Der Reichsrat verabschiedete am Dienstag abend den Reichsetat. Die Regierung wird den Etat durch Notverordnung in Kraft setzen. Das wäre die vierte Notverordnung der Regierung Papen, die bei ihrem Regierungsantritt gross-spurig verkünden liess, dass sie ohne Notverordnungen zu regieren beabsichtige.

Der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Brecht, schickte den Verhandlungen des Reichsrats einen Bericht über die Ausschussverhandlungen voraus, in dem er u.a. ausführte: "Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, die auch in Lausanne beredten Ausdruck gefunden hat, dass unsere inneren Schulden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frank-

reichs, uns eine Vorzugsstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten. Das ist leider ein Irrtum. Unsere inneren Kriegs- und Vorkriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weit mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung niedergeschlagen worden. Glaubt denn irgend jemand in der Welt, dass ein Staat oder Volk durch einen solchen Vorgang den lieben Gott um die Kriegskosten betrügen könnte? Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau derselben Masse die Bevölkerung finanziell verarmt. Diese Verarmung geht leider noch erheblich über die unmittelbare finanzielle Wirkung hinaus, weil sie andere Werte mitgerissen hat."

Ausführlich erörterte Dr. Brecht dann den Umfang der Ersparnisse im Etat. Nur der kleinere Teil von den Ersparnissen entfalle auf die Reparationen. Auch ohne Reparationen würden die Ausgaben 1932 gegen 1930 und 1928 noch um 20 Prozent gesenkt. Die gesamten Nettoausgaben des Reiches umfassten 1932 rund 8,173 Milliarden, von denen 1,870 Milliarden auf die Ausgaben für die Liquidation des Krieges entfielen (äussere Kriegsschulden, Kriegsteilnehmer, innere Kriegslasten), weitere 1,347 Milliarden verteilten sich auf den Schuldendienst und die Ausgaben der Finanzverwaltung einschliesslich der Versorgung, wobei die letzten Ausgaben mit 405 Millionen eingesetzt seien. Im ganzen verblieben für die Sachaufwendungen des Reiches 1995 Millionen. Damit bleibe dem Reich für seine engere Ausgaben zusammen weniger, als Frankreich, England oder Amerika jedes allein für ihre Wehrmacht ausgeben.

Wesentlich schlimmer hätten sich noch die Einnahmen der Länder und Gemeinden entwickelt. Die Steuerüberweisungen des Reichs an Preussen seien beispielsweise für 1932 gegen 1930 und 1928 um fast 40 Prozent gesunken. Entsprechend liege es bei allen Ländern. Der Reichsrat sei nicht in der Lage gewesen, über die Bestimmungen zur Gestaltung der Einnahmen zu beschliessen, weil bereits erlassene Ausnahmeverordnungen vorlagen. Die Steuerschätzungen des Reiches bei der Umsatzsteuer seien für die letzten 200 Millionen äusserst zweifelhaft; auch bei der Lohnsteuer und anderen verdienten die Schätzungen ein Fragezeichen, so dass insgesamt mit 200 bis 300 Millionen der geschätzten Einnahmen bei gleichbleibender Gesamtlage nicht gerechnet werden könne. Die Reichsregierung sei sich dieser Gefahrenpunkte durchaus bewusst. Dazu komme, dass weitere Ausgaben auf verschiedenen Gebieten zu erwarten seien, und dass, wenn die unbedingt erforderliche Arbeitsbeschaffung jetzt zum Teil im Kreditwege finanziert werde, im kommenden Jahre höhere Beträge zur Rückzahlung fällig würden.

SPD. Paris, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Nachmittagssitzung der radikalen Fraktion, die von 5½ bis 7½ Uhr dauerte und teilweise einen erregten Verlauf nahm, treten Bergery, Nogaro und Francois Albert für den sogenannten "Schwammstrich über die Reparationen" ein und beantragten, dass eine Delegation zu Herriot entsandt werde, um ihm von diesem Standpunkt Mitteilung zu machen. Die Abgeordneten Hesse, Lamoureux und Fribourg bekämpften diese Auffassung und billigten die Haltung der Regierung in der Reparationsfrage. Da im Verlauf der Vormittagssitzung die dem rechten Flügel der Partei angehörenden Abgeordneten mobilisiert waren, wurde die Entsendung einer Abordnung zu Herriot abgelehnt und als Abschluss der Debatte die sogenannte einfache Tagesordnung, für die kein Wortlaut besteht, zugunsten der Regierung angenommen. Einer solchen Tagesordnung wird jedoch in den Kammerdebatten im allgemeinen die Bedeutung eines verschleierte Misstrauensvotums beigelegt. Der Vorstoss des linken Flügels der Radikalen ist also nicht ganz ohne Ergebnis geblieben. Er erwartet von ihm insofern eine gewisse Wirkung auf Herriot, als er den Ministerpräsidenten dazu veranlassen wird, seine Haltung etwas zu mässigen, da er sonst leicht einem neuen Angriff ausgesetzt werden könnte.

SPD. Stuttgart, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Landtag behandelte am Dienstag die nationalsozialistische Anfrage an die Regierung, mit welchem Recht sie sich dem Vorgehen der Ministerpräsidenten von Bayern und Baden gegen die Reichsregierung angeschlossen habe, ob die Teilnahme des Staatspräsidenten Bolz an der Fahrt zum Reichspräsidenten vom Staatsministerium beschlossen worden wäre, ob es die Stellungnahme von Bolz zum SA-Verbot gebilligt hätte und welche Massnahmen sich Württemberg nach der Aufhebung des SA- und Demonstrationsverbots vorbehalten habe.

Staatspräsident Bolz benutzte die Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit den Nationalsozialisten. Er bezeichnete es als ein billiges Vergnügen, über die "geschäftsführende Regierung" zu witzeln und ihr Recht zur politischen Führung und Vertretung des Landes zu bestreiten. Sie sei zurzeit die verfassungsmässige Regierung und zwar ohne jede Einschränkung. Sie sei nur dem Landtage als Ganzes für ihre Handlungen verantwortlich, habe aber keineswegs zuvor etwa sich der Zustimmung des Landtagspräsidenten zu ihren Absichten zu versichern. Der Landtagspräsident sei überhaupt keine politische Instanz, sondern hätte nur die Geschäfte des Landtags zu leiten. "Die Ministerpräsidenten hatten - so fuhr Staatspräsident Bolz fort - begründeten Anlass zu ihrem Schritt, nachdem namentlich in der nationalsozialistischen Presse die Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern und die Verhängung des Ausnahmezustandes gefordert worden war und nachdem die Beziehungen der Nationalsozialisten zur Reichsregierung unzweifelhaft viel intimere und bessere waren als unsere eigenen. Wir haben uns auch gegen die Benachteiligung der süddeutschen Wirtschaft in Berlin wenden müssen, als wir sahen, wie stark von der neuen Regierung Grossgrundbesitz und Grossindustrie bevorzugt wurden. Wir wandten uns gegen die Aufhebung des SA- und Uniformverbots sowie gegen die Freigabe der Demonstrationen mit Rücksicht auf die Folgen, die sich daraus ergeben müssten. Die rechtliche Befugnis der Länderregierungen zum Verbot von Demonstrationen werden übrigens auch von der jetzigen Reichsregierung garnicht bestritten, sofern die sachlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Wenn jemals, so sind sie jetzt gegeben, wo die politische Leidenschaft sich verschärft hat. Wir haben garnicht die Absicht, dem Reich Opposition zu machen. Wir beugen uns seinen Anordnungen, aber voraussichtlich wird es selbst jetzt die neue Bestimmung treffen, dass die Versammlungen anmeldepflichtig gemacht werden und dass die Polizei das Recht hat, Auflagen für ihre Durchführung zu machen und Verbote auszusprechen. Was wir in Berlin in dieser Sache vortrugen, war objektiv und sachlich nach allen Seiten und kann von keinem vernünftigen Schwaben angefochten werden."

Bolz wandte sich dann gegen die Politik der Reichsregierung im allgemeinen, die im Augenblick, wo sie die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte für dringend nötig erkläre, selbst eine Politik einleite, die das direkte Gegenteil herbeiführe. Mit dieser Politik sei keine Sammlung der Volkskräfte möglich. Wenn man die Nationalsozialisten ihre Truppen auf die Strasse führen lasse, so müsse das zu Konflikten führen, bei denen das Blutvergiessen nicht aufhöre, für das die Reichsregierung mit verantwortlich sei. Denn ihre Politik gebe alle vernünftigen und sachlichen Grundsätze preis, weil sie durch die eingegangenen politischen Bindungen dazu genötigt sei. Die Nationalsozialisten verlangten jetzt von der Reichsregierung das Verbot der Kommunistischen Partei. Er habe den Reichsinnenminister dringend davor gewarnt. Wohl biete die KPD durch ihr Verhalten die Rechtsgrundlage dazu, aber es sei politisch im höchsten Grade unzweckmässig.

Die Rede von Bolz machte starken Eindruck und fand lebhaften Beifall.

SPD. Lausanne, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Eine Vermittlungsaktion MacDonalds hat am Dienstag die Deutschen und Franzosen wieder zu den sachlichen Problemen zurückgeführt. MacDonald selbst erklärte den Pressevertretern: "Es war ein glücklicher Tag und ich bin froh, zur Fortführung der Beratungen mit besten Aussichten beigetragen zu haben."

Der Verlauf des Tages war gekennzeichnet durch zwei lange Sitzungen, an denen u.a. von Papen und von Neurath, MacDonald, Herriot und der französische Finanzminister teilnahmen. Nach den spärlichen Angaben der Beteiligten drehten sich gewisse Punkte der Beratung vor allem um das Wirtschaftsproblem und die Aussichten auf detaillierte Vorschläge. Am Mittwoch-Vormittag werden Herriot und von Papen ihre privaten Beratungen unter vier Augen wiederaufnehmen, ebenso der französische Finanzminister Germain Martin mit dem deutschen Finanzminister. Nach französischer Mitteilung wird Herriot am Donnerstag mit Germain Martin nach Paris reisen. Von Papen soll, wie es heisst, ebenfalls am Donnerstag und zwar mit Graf Schwerin von Krosigk nach Berlin fahren. Die französische Auffassung geht dahin, dass mit beiden Reisen der Zweck verfolgt wird, detaillierte Vorschläge zurückzubringen. Germain Martin erklärte, die Franzosen hätten von den Deutschen detailliert ausgearbeitete Finanzvorschläge verlangt und die Deutschen ihrerseits hätten von Frankreich verlangt, die von Frankreich erwarteten und möglichen Finanzpläne praktischer Durchführbarkeit sowie realisierbare Wirtschaftsvorschläge zu erhalten.

Am Mittwoch-Nachmittag findet eine gemeinsame Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, in der MacDonald die Konferenzmitglieder über den Stand der Beratungen offiziell informieren wird. Nach Andeutungen von deutscher Seite könnte man glauben, dass dieses die Schlusssitzung der Konferenz sei und eine Veratung auf unbestimmte Zeit bei Einsetzung von Sachverständigenausschüssen eintreten würde, nach französischer Äusserung hofft man dagegen, von Papen und Herriot am Montag wieder in Lausanne zu sehen, sodass die Konferenzarbeiten fortgeführt werden könnten.

SPD. Paris, 28. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Laufe eines Gewittersturmes, der in der Nacht zum Dienstag über der Pariser Gegend tobte, geriet ein schweres Bombenflugzeug des 34. Fliegerregiments in einen Luftwirbel und stürzte ab. Der Führer des Flugzeuges wurde getötet; einer der beiden Beobachter erlitt Bein- und Armbrüche, der zweite kam mit leichteren Verletzungen davon.

Anm. f. d. Red.: Der Aufruf der Eisernen Front soll am Donnerstag veröffentlicht werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Sozialdemokratie und Einheitsfront.

SPD. Der Parteivorstand hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgendes Rundschreiben gerichtet :

Werte Genossen!

Aus den Bekenntnissen des ZK. der KPD., der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz unzweideutig, dass die sogenannte antifaschistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, dass es mit den sozialdemokratischen Führern keine Einheitsfront geben könne. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kraft gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höhnisch zurückgewiesen. Ausdrücklich bestätigt das Rundschreiben Nr. 11 des ZK. vom 4. Juni, dass auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoss gegen die Sozialdemokratie zu richten sei.

Daraus ergibt sich, dass die KPD die "proletarische Einheitsfront", die sie mit Worten predigt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei für die KPD einzufangen. Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einigkeit ernst und heilig ist, muss sich von einem so unehrlichen Manöver entrüstet abwenden.

Die KPD könnte sich, wenn sie wollte, im gegenwärtigen Wahlkampf zweckmässig auf den Versuch konzentrieren, die Wählermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten davongelaufen sind. Durch solche Kampfesführung könnte sie die Reibungsfläche mit der Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoss gegen uns, so muss auch gegen sie die Eiserne Front als Abwehrfront fest geschlossen bleiben.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Ueberfluss auch die neueren parlamentarischen Abstimmungen, namentlich im preussischen Landtag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokraten zusammenfanden. Man kann nicht ausserhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politisch Geschulte weiss, dass erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen statt Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Mit Parteigruss
Der Parteivorstand.

Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front.

SPD. Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In Euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten Euch, was das "Dritte Reich" bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpasst worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preussens an die Nationalsozialisten.

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend ist die SA. zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmässigkeit zu zwingen. So kündigt sich das "Dritte Reich" an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!

Für die grossen Kapitalisten in Stadt und Land die "Wohlfahrtsunterstützung" der Subventionen!

Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, missachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.

Der Sieg der Gegenrevolution würde Euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schiessen.

Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muss verhindert werden, dass sich die SA. zum Herrn der Strasse macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist Eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um Eure Freiheit.

Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes. Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt Euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

Schart Euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmückt Euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Strassen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause Euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

Ihr werdet siegen, wenn Ihr einig seid!

Reichskampfleitung der Eisernen Front.

oooooooooooooooooooooooo

Alles aller Welt

Zuchthaus für die Sklareks.

Erhebliche Strafen im Dreivierteljahresprozess in Berlin-Moabit - Das Resultat
Ein Flasko und - ein Panama der Reaktion!

SPD. Im Sklarekprozess wurde am Dienstag Mittag nach einer Verhandlungszeit von rund neun Monaten und insgesamt 124 Sitzungstagen das Urteil gefällt. Die Brüder Leo und Willi Sklarek wurden wegen Betrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und aktiver Bestechung in acht Fällen zu je vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Sechs Monate der Untersuchungshaft sind Leo und Willi Sklarek angerechnet. Von der Anklage des Betrugs in fünf Fällen, des Konkursverbrechens und der Anstiftung zu schwerer Untreue wurden sie freigesprochen.

Der Buchhalter Tuch erhielt wegen Beihilfe zum Betrug sechs Monate Gefängnis, der Buchhalter Lehmann wurde wegen Beihilfe zum Betrug in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Lehmann wurden vier Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Stadtbankdirektor Schmitt wurde wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. 8 800 Mark Bestechungsgelder und ein Grammophon verfallen dem Staat. Schmitt's Kollege, Stadtbankdirektor Hoffmann, erhielt wegen des gleichen Delikts drei Monate Gefängnis. 4 300 Mark Bestechungsgelder verfallen dem Staat. Bürgermeister a.D. Kohl erhielt wegen schwerer passiver Bestechung 15 Monate Gefängnis, wovon sechs Wochen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurden. Kohl wurde vorläufig in Freiheit gesetzt. Stadtmann Sokolowski erhielt wegen schwerer passiver Bestechung und Untreue in zwei Fällen 15 Monate Gefängnis. Stadtrat Gäbel wurde wegen schwerer passiver Bestechung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wurden sechs Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Stadtrat Degner erhielt wegen schwerer passiver Bestechung sechs Monate Gefängnis bei Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft, Bürgermeister Schneider wegen einfacher passiver Bestechung vier Monate Gefängnis und schliesslich der Revisor Luding wegen schwerer passiver Bestechung 15 Monate Gefängnis. Kohl, Sokolowski, Gäbel, Degner, Schneider und Luding wurde die Fähigkeit öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von fünf Jahren abgesprochen. Die empfangenen Bestechungsgelder sowie eine Anzahl Bekleidungsstücke wurden als dem Staat verfallen erklärt. Gäbel, Luding, Willi und Leo Sklarek wurden auf Entschluss des Gerichts in Haft genommen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, dass die lange Verhandlungsdauer nötig gewesen sei, um die Prozessmaterie mit der notwendigen Gründlichkeit zu behandeln. Die Angeklagten hätten sich zum Teil in einer für die Urteilsfindung sehr nützlichen Weise offenbart. Besonders sei das bei den Stadtbankdirektoren der Fall gewesen. Allerdings könne nicht gesagt werden, dass die Stadtbankdirektoren mit den Sklareks gemeinsame Sache gemacht hätten. Die Absicht der Sklareks sei gewesen, sich in jeder Beziehung zu bereichern. Was das Strafmass angehe, so betonte der Vorsitzende, dass das Gericht die Strafen ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung festgesetzt habe, die bei einigen Angeklagten vielleicht andere Strafen erwartet hätte. Als der Vorsitzende das Zuchthausurteil verkündete, ging eine lebhaftere Bewegung durch den Saal. Willi und Leo Sklarek blieben verhältnismässig ruhig; Leo sah eine Zeitlang wie gebannt zu seinem Bruder hinüber.

Mit dem Sklarekprozess ist ein Prozess zu Ende gegangen, der von der Reaktion zu einer niederträchtigen und demagogischen Hetze gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet werden sollte. Dieser traurige Versuch ist vorbeigeklungen! Die Intriganten und Verleumder selbst stehen aufs schwerste diskreditiert da. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, dass es der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wolf gewesen ist, der den Pokal, aus dem Max Sklarek zu trinken pflegte, in geradezu gotteslästerlicher Weise gesegnet hat; man braucht ferner nur daran zu erinnern, dass es der deutschnationale Landtagsabgeordnete Kimbel war, der sich als einer der eifrigsten Propagandisten der Sklareks betätigte, und man muss vor allen Dingen immer wieder darauf hinweisen, dass sich die Deutschnationale Volkspartei nicht geschämt hat, von den Sklareks Tausende von Mark für ihre schwarz=weiss=rote Parteikasse in Empfang zu nehmen, obwohl sie genau wissen musste, dass das Geld nicht aus Ueberzeugungsgründen gegeben worden war, sondern als Schmiergeld unter die "Geschäftsspesen" kam.

+ + +

Juwelenliebhaber. Einbrecher drangen in der Dienstag Nacht in ein Juwelengeschäft in Braunschweig ein, wo sie Brillanten, goldene Armbänder und Ringe für über 20 000 Mark erbeuteten. Die Täter sind unerkannt entkommen.

+ + +

Die braunen Verbrecher. In der Berliner Universität kam es am Dienstag Nachmittag zu wüsten Ausschreitungen der Nazi=Akademiker, die sozialdemokratische Flugblattverteiler anrempelten. Polizei griff ein und nahm einen der Rowdies fest. Später sammelten sich grosse Scharen uniformierter Burschen in dem Vorhof der Universität, wo sie provokatorische Sprechchöre anstimmten und die republikanischen Studenten in der gemeinsten Weise beschimpften. Nur der eisernen Disziplin und dem unerschrockenen Auftreten der republikanischen Studenten ist es zu danken, dass es am Dienstag in der Berliner Universität nicht wieder zu wilden Schlägereien gekommen ist. Die Universitätsbehörden verhielten sich dem Krakeelen des Nazimobs gegenüber völlig passiv.

+ + +

Wurstvergiftung. Der in Berlin=Lehlendorf wohnende 16 Jahre alter Schüler Hans Hoffmann ist an den Folgen einer Wurstvergiftung gestorben. Die Polizei hat die Leiche beschlagnahmt.

+ + +

Die Mörder schiessen! Im Verlauf der Dienstag Nacht und in den ersten Morgenstunden des Dienstag ist es in Berlin wieder zu zahlreichen Verbrechen der SA=Rowdies gekommen, die u.a. in Steglitz einen hinterhältigen Feuerüberfall auf vorübergehende Reichsbannerleute verübten. Aus einem Haus in der Bergstrasse wurden plötzlich auf ahnungslos vorüberkommende Reichsbannerleute zahlreiche Schüsse abgefeuert. Wie durch ein Wunder verfehlten die Kugeln der braunen Mörder ihr Ziel. Elf Hitlerstrolche konnten festgenommen werden. An zwei weiteren Stellen in Steglitz sowie in Berlin=Siemensstadt und in Neukölln schossen die Hitler=Banditen auf politische Gegner, wobei insgesamt acht Schwerverletzte zu beklagen waren. Mehr als 40 Nazis wurden festgenommen, bei vielen fand die Polizei noch den geladenen Revolver in der Tasche. Das ist die legale SA!

+ + +

Brand im Opernhaus. Im Südflügel des Hannoverischen Opernhauses, wo sich die Magazinräume befinden, brach am Dienstag Nachmittag gegen 3 Uhr ein Feuer aus. Die Rauchentwicklung war so stark, dass die Feuerwehr in ihrer Arbeit sehr behindert war. Schliesslich gelang es, den Brand zu lokalisieren. Mehrere Angestellte und einige Feuerwehrleute erlitten Rauchvergiftungen leichterer Natur.

+ + +

Raubüberfall. Auf das Verwaltungsgebäude der Woermann-Linie in der Reichenstrasse in Hamburg wurde am Dienstag Mittag ein Raubüberfall verübt. Drei Banditen drangen mit vorgehaltenen Revolvern in den Kassenraum ein und zwangen den allein anwesenden Kassierer, ihnen die bereitliegenden Lohngehälter in Höhe von etwa 70 000 Mark auszuhändigen. Die Täter entkamen in einer bereitstehenden Limousine.

Vom Propeller getötet. Der amerikanische Dauerflieger James Hunter, der im Juli 1930 gemeinsam mit zwei Brüdern einen Rekord aufstellte und 23 Tage und zwei Stunden in der Luft blieb, wollte während eines Fluges den Motor eines Flugzeuges reparieren, das von einem anderen Flieger gesteuert wurde. Hunter stieg dabei auf die Tragflächen, verlor das Gleichgewicht und stürzte in den Propeller hinein. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt.

Erdbeben. Im Staat Colima (Mexiko) hat sich ein Erdbeben ereignet. Die Stadt Cuyatlan ist nur noch ein Trümmerhaufen.

Epidemieausbruch. In Grossottersleben bei Magdeburg sind 9 Kinder im Alter von 1 bis 2 Jahren an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Ein Kind ist gestorben. Die Seuche hat auf Magdeburg übergegriffen.

Vom Schnellzug getötet. In Gross-Wudicke bei Stendal überhörte der 33-jährige Maschinist Fricke, der am Dienstag früh im Bahnhofsgelände arbeitete, das Herannahen eines Schnellzuges. Er wurde von der Maschine erfasst und getötet.

Meineidsprozess gegen Rechtsanwalt. Vor dem Dresdener Schwurgericht begann am Dienstag vormittag ein Meineidsprozess gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Lange, der des Meineids in zwei Fällen beschuldigt wird. Dr. Lange befindet sich seit dem 2. Februar in Untersuchungshaft. Der Angeklagte, der vom Frühjahr 1921 bis zum August 1925 Prokurist der Raiffeisenbank war, hat sowohl im Dresdener als auch im Berliner Uralzeff-Prozess eine erhebliche Rolle gespielt. Uralzeff hatte seinerzeit behauptet, dass Dr. Lange, der bei Raiffeisen die Kreditangelegenheiten zu behandeln hatte, an seinen Geschäften beteiligt gewesen sei und von ihm u. a. Provisionen und Darlehen erhalten habe. Diese Bekundungen Uralzeffs wurden von Dr. Lange unter Eid bestritten. Die Anklage wirft nun dem Rechtsanwalt vor, in beiden Uralzeff-Prozessen wesentlich falsche Angaben gemacht zu haben. Für die Verhandlung, in der auch Uralzeff als Zeuge auftreten wird, sind mehrere Sitzungstage vorgesehen. Dr. Lange bestreitet nach wie vor, irgendwelche Zuwendungen oder Vorteile von Uralzeff bekommen zu haben.

Ein Millionen-Strafantrag. In dem grossen Hamburger Zuckersteuerhinterziehungs-Prozess, der bereits drei Wochen andauert, stellte am Dienstag der Vertreter des Landesfinanzamts und der Zollbehörde folgende Strafanträge: Gegen den Angeklagten Stiefel wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung 1 Jahr Gefängnis und 14,3 Millionen Mark Geldstrafe (ersatzweise 1 Jahr Gefängnis) und 17,9 Millionen Wertersatz (ebenfalls ersatzweise 1 Jahr Gefängnis); gegen den Angeklagten Lipp sechs Monate Gefängnis und 6,7 Millionen Mark Geldstrafe sowie 8,2 Millionen Mark Wertersatz; gegen die Angeklagten Fromm, Heinz und fünf weitere Sünder zweiter Garnitur schliesslich Geldstrafen in einer Höhe von insgesamt mehr als 30 Millionen Mark.



Naziparadies.

Mit Niedrigstlöhnen soll mehr Arbeit geschaffen werden.

SPD. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat wohl gerade deshalb in Unternehmerkreisen so starken Anhang gefunden, weil die Unternehmer hoffen, mit Hilfe der Nazis mit den Gewerkschaften fertig zu werden. Wenn die Gewerkschaften aber nichts mehr zu sagen haben, dann kann man ja Hungerlöhne zahlen. Dann kann ja mit dem "Parteigenossen" Arbeiter verfahren, wie man lustig ist. Für die Nationalsozialistische Partei, die die Dummen in der Arbeiterschaft für sich einfangen will, sind diese Unternehmer nicht immer bequem. Man nimmt gern ihr Geld. Aber man hat es nicht gern, wenn sie ihren krassen Unternehmerstandpunkt in die Öffentlichkeit stellen. Deshalb haben sich die Nazis bemüht, für die Auffassung dieser Unternehmer von Lohn und Arbeiterbehandlung eine besondere Philosophie und Theorie herauszubilden. Das ist die Philosophie von den niedrigen Löhnen, die mehr Arbeit schafft. Man lullt die Massen mit dem Sprüchlein ein, hohe Löhne haben keinen Zweck, wenn es für diese hohen Löhne keine Arbeit gibt. Besser sei es schon, man arbeitet zu niedrigen Löhnen und habe Arbeit.

Das ist eine Theorie für sich, die wohl am besten mit dem Hinweis widerlegt wird, dass die fürchterlichen Lohnsenkungen der beiden letzten Jahre keine Arbeitsmöglichkeiten geschaffen haben. Gerade mit dem Lohnabbau ist das Arbeitslosenmeer angewachsen. Der Lohnabbau und die Kaufkraftdrosselung haben die Arbeitsmärkte ruiniert, haben weiter Arbeitslosigkeit geschaffen. Während sich so der Erfolg der nationalsozialistischen Lohntheorie darstellt, zeigt sich auf der anderen Seite die Praxis dieser Philosophie. Sie ist einfach erschütternd. Wir geben von ihr ein Bild, indem wir einige Fälle herausgreifen, die sich in letzter Zeit vor den Arbeitsgerichten abgespielt haben. Es handelt sich um Stichproben, die eine Vorstellung vom Naziparadies geben. Wir beschränken uns auf einige Fälle, könnten sie jedoch beliebig vermehren.

1.) Zunächst ein Fall aus der Naziartei selbst, der durch die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Darmstadt bekannt wurde. Es handelt sich um einen kaufmännischen Angestellten, der im Verlag eines jener Hetzblätter angestellt war, die der bekannte Erfinder des nationalsozialistischen Federgeldes, Herr Gottfried Feder, herausgibt. Dieser kaufmännische Angestellte bezog - es handelt sich um den Monat Dezember 1931 - ein Gesamtgehalt von 20 (in Buchstaben: zwanzig) Mark. Dafür durfte dieser Angestellte avancieren. Man gab ihm ein Zeichen dafür, dass man seine Arbeitskraft sehr gut benutzen konnte, den Posten eines Buchhalters, eines Korrespondenten, eines Einkäufers und eines Verkäufers. Dafür zahlte dieser "nationale" Verlag aber nur 60 (in Buchstaben: sechzig) Mark pro Monat. Das Arbeitsgericht in Darmstadt verurteilte den nationalsozialistischen Arbeitgeber zu einer Nachzahlung von rund 250 Mark. Wir erwähnen nur nebenbei, dass der verurteilte Verlag weder Krankenkassenbeiträge noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt, auch nicht Angestelltenversicherungsmarken geklebt hatte. Das hatte für den klagenden Angestellten zur Folge, dass er nach Beendigung seines Arbeitsverhältnisses keinen Pfennig Unterstützung erhielt.

2.) Ein zweiter Fall, der eine Melkerfamilie P. betrifft, die zwei Jahre

lang auf dem Einöderwiesenhof bei Pirmasens tätig war. Wir erhalten von diesem Fall Kenntnis durch Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht Pirmasens. Auf dem Einöderwiesenhof müssen fürchterliche Zustände geherrscht haben. Das Brot war z.B. nicht ausgebacken, von Ratten und Mäusen angefressen, das Essen schlecht, die Behandlung nach nationalsozialistischer Tradition "raug, aber herzlich". Die Melkerfamilie P. hatte die Nase voll, löste das Arbeitsverhältnis und fuhr von Pirmasens nach ihrem Heimatsort München. Der Besitzer gab aber die Papiere nicht heraus und ohne Papiere war keine neue Stelle zu erhalten, obwohl die Möglichkeit, neue Arbeit zu finden, vorlag. Der Besitzer des Einöderwiesenhofes behielt eben die Papiere, gab sie auch dem Gendarm nicht, sodass schliesslich das Arbeitsgericht in Pirmasens angerufen werden musste. Vorläufig gibt es zumindest immer noch ein Arbeitsgericht, das auch den Kleinen schützt. Im Naziparadies kennt man natürlich kein Arbeitsgericht. So etwas ist im dritten Reich "rote Bürokratie".

3.) Der letzte Fall, mit dem wir uns für heute beschäftigen wollen, hat sich an der Grenze Ostpreiens, im Landkreis Cottbus, zugetragen. Es sind das jene Gebiete, von denen man gerade im Westen und Süden unseres Vaterlandes erzählt, dass man durch niedrigere Löhne täglich Landarbeiter einstellen kann. Nur sieht man nicht, dass die Arbeitslosigkeit dort unter den Landarbeitern abnimmt. Dafür sieht man die niedrigen Löhne.

In Frage kommt hier das Dominium Klein-Ossnig. Hier beschäftigte man Wohlfahrtserwerbslose mit Rübenhacken. Für einen Morgen sollten 6 Mark gezahlt werden. Drei Erwerbslose machten sich hoffnungsvoll an die Arbeit. Nach den Originalquittungen, die wir gesehen haben, wurden diesen Wohlfahrtserwerbslosen für eine Arbeit von 42 Stunden sage und schreibe 3 Reichspfennig (in Buchstaben: drei Pfennig) gezahlt. Das macht für die Arbeitsstunde einen Lohn, der nicht mehr zu errechnen ist, für die Einstellung der Gutsverwaltung spricht Bände, dass sie, entgegen den gesetzlichen Vorschriften, für die drei Wohlfahrtserwerbslosen, erwachsene Menschen, Marken klebte, die für Lehrlinge gelten. Man kann nun sagen, Rübenhacken ist ein eigen Ding und jeder ist nicht dafür geschaffen. Die erwähnten Wohlfahrtserwerbslosen wären an diese Arbeit nicht gewöhnt gewesen. So erklärte sich schliesslich der Phantasielohn. Nein, das trifft nicht zu. Wir haben Lohnzettel gesehen, die ebenfalls phantastisch niedrige Sätze aufweisen. Eine mit Landarbeit vertraute Frau, die sicher mit ihrer Arbeit vorwärtskam, erhielt für anderthalb ($1\frac{1}{2}$) Tage 75 Pfennige (in Buchstaben: fünfundsiebenzig Pfennige).

Das ist die Praxis der nationalsozialistischen Lohnphilosophie. Wir kennen das ja alles aus der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Erst versucht man, die Löhne der Facharbeiter zu drücken. Dann werden die Facharbeiter durch ungelernte Arbeiter ersetzt. Schliesslich ersetzt man die ungelernten Arbeiter und angelernten Arbeiter, immer um den Lohn weiter zu drücken, durch Frauen. Der Mann bleibt zu Hause, die Frauen müssen arbeiten. Zum Schluss greift der Unternehmer zur Kinderarbeit. Es ist, woran man immer erinnern soll, noch gar nicht so lange her, dass die Kinderarbeit in deutschen Fabriken und die Frauenarbeit in deutschen Bergwerken verboten wurde. Wenn es sechs Millionen Arbeitslose gibt, dann muss der Lohn geschützt werden. Hebt man aber den Lohnschutz auf, dann gestattet dem Unternehmertum, beliebige Löhne zu zahlen. Dann endet das in die barbarischen Verhältnisse der Frauen- und Kinderarbeit.

SPD. Die diesjährige Anbauflächenerhebung hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts folgenden Umfang des Getreideanbaus ergeben: Winterroggen 4,38 Mill. ha, Sommerroggen 68 000 ha, Winterweizen 1,97 Mill. ha, Sommerweizen 304 000 ha, Spelz und Emer 113 000 ha, Wintergerste 247 000 ha, Sommergerste 1,32 Mill. ha und Hafer 3,28 Mill. ha.

Gegenüber dem Jahre 1931 ist der Roggenanbau, der im Vorjahre zurückgegangen war, wieder um rund 82 000 ha = 1,9 v.H. gestiegen, während sich der Anbau von Weizen nach der starken Zunahme des Vorjahres weiterhin noch um 110 000 ha = 5,1 v.H. ausgedehnt hat. Auch bei Wintergerste ist eine weitere Vergrößerung des Anbaus eingetreten, und zwar um rund 20 000 ha = 8,9 v.H.. Hingegen hat sich die Bestellung mit Sommergerste um rund 68 000 ha = 4,9 v.H. und von Hafer um rund 84 000 ha = 2,5 v.H. verringert. Der Anbau von Emer und Spelz ist weiterhin gering (um 0,8 v.H.) zurückgegangen.

Seit der Umstellung des Getreideanbaus im Jahre 1930 hat die Bestellung mit Weizen insgesamt um rund 500 000 ha = 27,8 v.H. zugenommen, der Anbau von Roggen aber um 260 000 ha = 5,6 v.H. abgenommen. Bei Gerste ist seitdem eine Erweiterung des Anbaus um rund 50 000 ha = 3,4 v.H., bei Hafer eine Abnahme um 160 000 ha = 4,7 v.H. eingetreten.

Der Anbau von Frühkartoffeln stellt sich für 1932 auf rund 251 000 ha, d.i. um annähernd 9 000 ha = 3,6 v.H. mehr als im Vorjahr.

Berliner Viehmarkt.

(28. Juni.)

SPD. Die Märkte waren durchweg gut beschickt, was damit zusammenhängt, dass in den nächsten Tagen die preussische Schlachtsteuer in Kraft tritt. So zeigte der Schweinemarkt einen Auftrieb von 18 000 Tieren, also fast Rekordstand. Die Märkte, auch der Schweinemarkt, wurden geräumt. Man konnte aber nur die letzten Preise halten.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-) b) (240-300 Pfd.) 40-41 (40-41), c) (200-240 Pfd.) 39-40 (39-40), d) (160-200 Pfd.) 36-38 (37-39), e) (120-160 Pfd.) 33-35 (34-36) Sauen 37-38 (37-38). Schafe: a) 33-34 (33-34), b) 30-32 (30-32) c) 25-28 (26-29), d) 17-24 (16-24). Kälber: b) 33-39 (36-41), c) 27-34 (28-35), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 26-27 (27-29) b) 22-25 (22-26), c) 17-20 (17-21), d) 13-16 (14-16).

SPD. Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke (Bewag) verzeichnen für das Jahr 1931 in der Stromlieferung einen Einnahmerückgang von 156 Millionen Mark auf 147,60 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Wärme- und Eislieferungen haben sich etwas gesteigert. Insgesamt stellen sich die Einnahmen auf 149,8 Millionen Mark gegenüber 158,6 Millionen Mark im Vorjahr. Nach Abzug der Unkosten - die Betriebskosten haben sich nur von 40,53 Millionen auf 38,12 Millionen gesenkt - verbleibt ein Ueberschuss von 51,60 Millionen (im Vorjahr 49,89 Millionen).

Ungewissheit stoppt Hausse.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Juni)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag wieder recht matt. In Anbetracht der günstigen Witterung und der ungewissen Lage hielten sich die Käufer zurück, sodass selbst das geringfügige Angebot einen Druck auf die Preise ausübte. Demzufolge konnten sich auch die Notierungen nicht halten. Am Markte der Zeitgeschäfte verlor bei knappen Umsätzen Weizen etwa 2, Roggen 1 bis 1½ Mark. In prompter Ware zeigte sich einige Nachfrage nach Roggen. Gleichwohl wurden auch hier die Roggen- wie die Weizennotierungen um je eine Mark herabgesetzt. Am Mehlmarkt konnten nur in altem Roggenmehl einige Umsätze bei behaupteten Preisen erzielt werden. Weizenmehl blieb vollkommen vernachlässigt und musste im Preise nachgeben. Auch für Hafer zeigte sich wenig Kaufinteresse. Die Preise mussten auch hier nachgeben; zu rückläufigen Notierungen kamen einige Umsätze zustande.

	27.6.	28.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 254	251 - 253
Roggen	191 - 193	190 - 192
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	159 - 163	157 - 161
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,80 - 27,75	25,80 - 27,75
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 260-261 (263½), Sept. 226 (227½), Okt. 225½-227 (228), Dez. 230-231 (232). Roggen Juli 185-185½ (-), Sept. 181 plus Geld (182½), Okt. 181½ plus Geld (183), Dez. 183½-184 Geld (186) - Hafer Juli 164-165 (165½) Sep. bis 148 Geld (149½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh	(Quadratballen)	R#	1,15 - 1,35
" " Weizenstroh	"	R#	0,90 - 1,00
" " Haferstroh	"	R#	0,90 - 1,00
" " Gerstenstroh	"	R#	0,90 - 1,00
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		R#	1,20 - 1,45
Bindfadengepresstes Roggenstroh		R#	1,10 - 1,30
" " Weizenstroh		R#	0,95 - 1,10
Häcksel	Tendenz still	R#	1,75 - 2,00
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	alt	R#	1,35 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	alt	R#	2,00 - 2,40
Gutes Heu, gesund und trocken	neu	R#	1,60 - 1,75
Drahtgepresstes Heu		R#	0,40 über Noti

Tendenz schwach.

Gewerkschaftliche Kündschau *

Das Hungergespenst.

Die neuen Machthaber haben Angst vor dem Winter.

SPD.Kalendermässig hat der Sommer erst begonnen und doch steht bereits der Winter wie ein kalter Schatten neben der Sonne: der Winter 1932/33. Ein noch schlimmerer Winter!

Die Angst vor diesem kommenden Winter regt sich bereits bei den Machthabern des neuen politischen Kurses. Das Hungergespenst tritt in ihren Gedankenkreis. Was wird im Winter werden? Diese Frage schreckt die Herrschaften, die die Regierung der Hitlerbarone stützen. Das schlechte Gewissen plagt sie; denn sie wollen an der Macht bleiben und den Wohlfahrtsstaat abbauen. Trotz der Machtmittel, die sie zur Zeit in Händen haben, trotz Reichswehr und SA fürchten sie den Hunger der Massen, den Hunger des kommenden Winters. Es spricht Bände, wenn ausgerechnet ein Blatt wie die "Deutsche Bergwerkszeitung", das Organ der Grubenbarone, jetzt bereits einen förmlichen Alarmartikel unter der Überschrift "Mobilmachung für den Winter" loslässt. Dieselben Herrschaften, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates fordern, die die Ausschaltung der Gewerkschaften, d.h. der Stützen dieses Wohlfahrtsstaates, als das "Problem der Probleme" der inneren Politik charakterisieren, die kein Wort des Protestes gegen die Uebersteigerung der Notverordnungspolitik in der Arbeitslosenfrage gefunden haben, schildern mit fast tränenerstickter Stimme jetzt bereits die Not des kommenden Winters.

"Die Unterstützungssätze", so sagt das Organ der Zechenkönige, "haben in allen drei Sparten der Arbeitslosenhilfe eine derartige Tiefe erreicht, dass man mit offizieller Erlaubnis von Elendssätzen sprechen kann. Im Sommer mögen die durch diese Kürzungen bedingten Entbehrungen und Nöte noch einigermaßen ertragbar sein; der Winter muss sie ausserordentlich verschärfen." Im vergangenen Winter habe eine grosszügige private Initiative eingegriffen, um die schwere Not der arbeitslosen Bevölkerungskreise zu lindern. Angesichts der Verschlechterung der Lage reiche jedoch eine solche rein private Initiative zur Unterstützung der Arbeitslosen im bevorstehenden Winter nicht mehr aus. Umso dringender werde damit die Pflicht des Reiches und aller geeigneter Behörden, rechtzeitig eine Art Mobilmachung unter weitestgehender Einschaltung der privaten Initiative gegen die Not des bevorstehenden Winters durchzuführen. In der Hauptsache werde es darauf ankommen, den notleidenden Arbeitslosenfamilien einen verbilligten Bezug von Kohle, Kartoffeln und Mehl zu vermitteln. Vielleicht empfehle es sich, durch eine besonders befähigte Persönlichkeit, dem Feldzug gegen das Elend des nächsten Winters vorzubereiten.

Eine zusätzliche Finanzierung der Hilfeleistungen aus öffentlichen Mitteln soll jedoch nach dem Vorschlag des Grubenorgans nicht in Frage kommen. Infolgedessen müsse sich das Reich rechtzeitig mit den Produzenten- und Handelskreisen für die wichtigsten Bedarfsartikel der Arbeitslosen in Verbindung setzen, um auf anderem Weg eine wirksame Unterstützung der Arbeitslosen sicherzustellen, sei es, dass man gestatte, einen Teil der Steuern und Abgaben in Naturalien zu leisten, oder dass sich andere Möglichkeiten bieten, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Hier liege jedenfalls die grösste innerpolitische Aufgabe der nächsten Zeit für jede Reichsregierung, gleich, wie sie zusammengesetzt sein möge.

Worauf das Organ der Grubenbarone hinzielt, ist leicht zu erkennen: Weit-

gehende Ablösung der Barunterstützung durch Naturalunterstützung - das ist die Richtung der neuen Arbeitslosenunterstützung. Wenn man die Arbeitslosenunterstützung, wie das die neue Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen getan hat, soweit abbaut, dass beinahe nichts mehr übrig bleibt, dann ist die Umstellung von der Barunterstützung auf die Naturalversorgung allerdings beinahe eine Zwangsläufigkeit. Jedenfalls hat die neue scharfe Kürzung der Arbeitslosenunterstützung - wer weiss, wie weit noch die Abbauwut der Feinde des Wohlfahrtsstaates geht - die Gefahr heraufbeschworen, dass im kommenden Winter die Arbeitslosen kaum noch einen Groschen in die Hand bekommen und einfach mit ein paar Pfund Kartoffeln und einigen Kohlen abgespeist werden, soweit sie nicht sofort den Weg zur Gulaschkanone antreten müssen.

Die Frage: Barunterstützung oder Naturalversorgung, die hier von neuem angeschnitten wird, ist bereits im vorigen Herbst von den Gewerkschaften genügend geklärt worden. Die Bedenken, die damals von den Gewerkschaften gegen eine auf Annahmewang beruhende generelle Naturalversorgung geltend gemacht wurden, gelten auch heute. Generelle Naturalversorgung durch Zwang ist ein bedenkliches, ein schädliches und nur verbitternd wirkendes Experiment. Dass die agrarischen Wünsche in der Richtung einer Verstärkung der Naturalunterstützung gehen, ist nichts Neues, da mit einer solchen Umstellung zweifellos eine bessere Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte verbunden wäre. Eine Bindung grosser Erntemengen durch öffentliche Hand muss preissteigernd wirken. Stellt man die Steuern und Abgaben der Landwirtschaft von der Barleistung auf Sachleistung um, so schafft man damit den Anreiz, dass für die Naturalversorgung der Arbeitslosen die minder guten Qualitäten angeboten und die guten dem freien Markt zugeführt werden. Der generelle Ersatz eines Teiles der Barunterstützung durch Lieferung von Massenspeisung ist ebenfalls alles andere als eine Lösung. Jedenfalls lehnen die Gewerkschaften eine Regelung ab, die die gegenwärtige Barunterstützung in mehr oder weniger grossem Umfang zwangsweise in Sachleistungen umwandelt.

Darauf laufen aber die von der "Bergwerkszeitung" angedeuteten Bestrebungen zur Neuregelung der Arbeitslosenhilfe während des kommenden Winters hinaus. Tausende, Hunderttausende, die sich eingebildet haben, eine Rechtsregierung, vor allem eine mit Hitler verbündete Rechtsregierung, werde die Not wenden, können jetzt sehen, wohin die Reise geht. Die Sorge der neuen Machthaber besteht lediglich darin, dass im Winter keine Hungerrevolten ausbrechen. An der Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für den Arbeitslosen liegt ihnen weniger. Wenn man den Arbeitslosen nicht wie einen Armenhäusler behandeln will, dann gibt es nur einen Weg; ihn hat bereits im vorigen Winter die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewiesen. Sie hat unentgeltliche oder stark verbilligte Lieferung von Kartoffeln und Kohlen an die Arbeitslosen vorgeschlagen, die im übrigen aber ihre Barunterstützung - und zwar eine Unterstützung, die diesen Namen auch verdient - nach eigenem Ermessen und frei von jedem Zwang verwenden sollen.

Die Arbeiterschaft hat bei der Reichstagswahl die Möglichkeit, rechtzeitig den Kampf gegen den Hunger des kommenden Winters zu mobilisieren. Sie braucht nur mit Hilfe des Stimmzettels den Gewerkschaften die Macht zu geben, und die Arbeitslosen werden im kommenden Winter bestimmt nicht hungern.

SPD. In Mainz ist der 24. ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher zusammengetreten. Im Mittelpunkt seiner Beratungen steht wie zur Zeit bei fast allen Gewerkschaften u. a. auch die Beitrags- und Unterstützungsfrage. Auf der einen Seite unerhörte Einkommensverminderung durch Kurzarbeit oder teilweise Arbeitslosigkeit und auf der andern Seite die Notwendigkeit der Hilfeleistung für die Mitglieder. Dem begreiflichen Ruf nach

Erleichterung im Beitragswesen steht die Frage gegenüber, wie weit der Verband gehen darf, um beides: seine Kampfkraft und seine Unterstützungsfähigkeit nicht zu erschüttern.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat sich in den Krisenjahren gut gehalten. Die Vermögensbildung des Verbandes ist günstig. 1925 hatte er 1 Million Mark Vermögen, 1931 betrug die Vermögenssumme, die Rücklagen für die Invalidenunterstützung eingeschlossen, 4 400 000 Mark oder 74,10 Mark auf den Kopf. Im Jahre 1931 wurden ausgegeben an Unterstützungen 1 168 000 Mark. Die finanzielle Führung der Organisation kann sich also auch im Vergleich mit anderen Verbänden sehr wohl sehen lassen.

=====

SPD. In Holland werden grössere Beamtenentlassungen auf Grund des masslichen Defizits von 170 Millionen Gulden vorbereitet. Das Kolonialministerium hat bereits 28 Beamten mitgeteilt, dass sie ab Januar 1933 auf Wartegeld gesetzt werden. Andere Ministerien wollen ein Drittel ihres Personals entlassen und zwar zunächst die unverheirateten unter 35 Jahren. Ferner will man alle überzähligen Lehrer und Lehrerinnen im Reichsdienst abbauen und ebenso sollen die Gemeinden die überzähligen Lehrkräfte an städtischen Schulen entlassen. Die Arbeitszeit der verbleibenden Beamten soll verlängert werden.

+

In den Vereinigten Staaten hat das Repräsentantenhaus die vom Senat angenommene Vorlage auf generelle Gehaltskürzung der Beamten von 5% abgelehnt. Annahme fand dagegen Hoovers Vorlage, wonach alle Beamte mit über 1 000 Dollar Jahresgehalt jährlich einen Monat und monatlich fünf Tage unbezahlten Urlaub nehmen müssen.

=====

SPD. Für die Fortsetzung der vorstädtischen Kleinsiedlung, für die ein Betrag von 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurde, sind neue Richtlinien und Verfahrensvorschriften erlassen worden. Die Erleichterungen gegenüber den bisherigen Vorschriften für den ersten Bauabschnitt betreffen in der Hauptsache die finanziellen Verpflichtungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und die Einschaltung von Einzelsiedlern und Siedlergemeinschaften. Die Einbeziehung der Einzelsiedler und rechtsfähigen Siedlergemeinschaften erfolgt durch die Ermächtigung der Träger (Gemeinden und Gemeindeverbände oder gemeinnützige Siedlungsunternehmungen), das ihnen gewährte Reichsdarlehen, soweit sie die Siedlungsvorhaben nicht selbst durchführen wollen, an Einzelsiedler oder rechtsfähige Siedlergemeinschaften, die bereits über den erforderlichen Grund und Boden verfügen, weiterzugeben. Dem Wunsch auf Erhöhung des Baukostenhöchstbetrages auf 3 000 Mark ist im Hinblick auf die Senkung der Preise und Löhne nicht entsprochen worden. Die für den ersten Bauabschnitt genehmigten Baupläne werden nachgeprüft und müssen den Mindestraumgrössen der neuen Verfahrensvorschriften angepasst werden. Für Siedler mit vier oder mehr Kindern ist ein Baukostenzuschuss von 120 Mark anstelle des bisherigen Mietszuschusses für die ersten drei Jahre von je 40 Mark und für Siedler mit 6 und mehr Kindern daneben eine Erhöhung der Baukosten auf 3 500 Mark und die Gewährung eines zusätzlichen Reichsdarlehns bis zu 500 Mark vorgesehen; Bedingung dafür ist eine entsprechende Vergrösserung des betreffenden Bauvorhabens. - Bei Beschleunigung der Arbeit könnten noch in diesem Jahr die Vorteile des Kleinsiedlungswerkes weiteren 8 000 Kleinsiedlern und 30 000 Kleingärtnern zugute kommen, nachdem mit den Mitteln des ersten Bauabschnittes rund 18 000 vorstädtische Kleinsiedlungen und rund 52 000 Kleingärten gefördert werden konnten.

=====